



VOLKSBLATT

Grossauflage

Redaktion und Verlag:
Feldkircher Strasse 5, FL-9494 Schaan
Telefon +423 237 51 51
Fax Redaktion +423 237 51 55
Mail Redaktion: redaktion@volksblatt.li
Fax Inserate +423 237 51 66
Mail Inserate: inserate@volksblatt.li
Internet: http://www.volksblatt.li

Amtliches Publikationsorgan • 123. Jahrgang, Nr. 25

VERBUND SÜDOSTSCHWEIZ

DONNERSTAG

Bildung und Weiterbildung



BEILAGE: «Es bleibt alles beim Alten, solange wir stillstehen», so heisst ein Sprichwort, das den Nagel mitten auf den Kopf trifft. Verschiedene interessante Möglichkeiten, um beruflich, aber auch privat «Nagel mit Köpf z' macha» zeigt die Beilage «Bildung & Weiterbildung», die der heutigen Ausgabe beiliegt. Beilage

PRO INDIA – Liechtenstein hilft

Gemeinsame Spendenaktion für die Erdbebenopfer in Indien. Die schwersten Beben seit 50 Jahren haben den westindischen Bundesstaat Gujarat innert 30 Sekunden in ein trostloses und kolossales Katastrophengebiet verwandelt. Seite 15

Super-G-Enttäuschung gut verdaut



SKI-ALPIN: Jürgen Hasler (Bild) scheint die Enttäuschung vom WM-Super-G gut verdaut zu haben. Bereits einen Tag später zeigte er im ersten Training für die Spezialabfahrt, dass ihm am Samstag ein guter Rang zuzutrauen ist. Werner Franz erzielte Bestzeit und liess Didier Cuche eine halbe Sekunde hinter sich. Dritter wurde Fritz Strobl vor Hermann Maier. Seite 27

Alpenbriefträger und andere Postgeschichten

TRIESENBERG: Eine Dogge als Zucht für die Briefpost, jeden Tag viele Kilometer, bei Wind und Wetter zu Fuss zurücklegen und die Briefe den Menschen überbringen. So sah die Arbeit des Triesenberger Briefträgers vor 80 Jahren aus. Viele Veränderungen prägen die Postgeschichte der Walsergemeinde am Berg. Seite 33

«Das ist wirklich keine gesündere Lösung»

«Wahl Spezial» 2. Teil: Streitgespräch der Regierungskandidatinnen und die FL

Im Mittelpunkt des 2. Teiles der Volksblatt-Serie «Wahl Spezial» steht das Streitgespräch der Regierungskandidatinnen Rita Kieber-Beck (FBP) und Andrea Willi (VU). Sie diskutierten über die Aussenpolitik und über die Gesundheitspolitik. Zudem stellen wir die Kandidatinnen und Kandidaten sowie das Wahlprogramm der Freien Liste vor. Des Weiteren geben wir eine tabellarische Übersicht über alle Wahlprogramme und -plakate.

Alexander Batliner



Die Regierungskandidatinnen an einem Tisch: Rita Kieber-Beck (FBP, links) und Andrea Willi (VU) diskutierten über die Aussenpolitik und über die Gesundheitspolitik. (Bild: Brigitt Risch)

Das Volksblatt bat die beiden Regierungskandidatinnen Rita Kieber-Beck (FBP) und Andrea Willi (VU) zu einem Streitgespräch an einen Tisch. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Aussenpolitik und die Gesundheitspolitik. Für Andrea Willi liegt die Ursache des Prämienanstieges nicht im neuen Krankenversicherungsgesetz (KVG). Vielmehr sei der Grund im erhöhten Angebot der Leistungen zu suchen. Andrea Willi führte aus: «Die höhere Prämie ergibt sich, weil das Gesundheitswesen immer besser wird, weil die Medikamente immer teurer werden, weil die Operationen immer teurer werden, aber auch, weil viele Krankheiten heute geheilt werden können, die vor 20 Jahren noch zum Tode geführt hätten. Leukämie, Herzbeschwerden

oder Augenoperationen, damit die Leute nicht erblinden – das kostet eben etwas.» Rita Kieber-Beck liess diese Argumentation nicht gelten. Sie bezweifle, dass sich die Behandlung der von Andrea Willi aufgeführten Krankheiten in den letzten zwei Jahren so verteuert habe, dass ein neuerlicher Preisanstieg gerechtfertigt wäre. Für die FBP-Kandidatin ist das neue KVG deshalb keine gesündere Lösung. Rita Kieber-Beck führt aus: «Es ist leider auch ein Faktum, dass die Prämien der Krankenversicherung trotz Selbstbehalt und eingeführter Kostenbeteiligung erneut angestiegen sind. Selbstbehalt und Kostenbeteiligung fallen im Krankheitsfall bei allen Er-

wachsenen zwischen 24 und 64 Jahren an – im Hausarztmodell sind dies zusätzlich zur Prämie Kosten von bis zu 400 Franken, bei freier Arztwahl bis zu 800 Franken. Das ist meiner Meinung nach wirklich keine gesündere Lösung!»

Aussenpolitik: Unterschiedliche Ansätze

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion war die Aussenpolitik. Diesbezüglich kamen unterschiedliche Ansätze zum Vorschein. Rita Kieber-Beck warf der Regierung Versäumnisse vor. Die FATF habe schon vor 10 Jahren Kriterien erlassen. Es sei also genügend Vorlaufzeit vorhanden gewesen. Zudem wurde das Verhältnis

zur Schweiz angesprochen. Für Andrea Willi ist dieses Verhältnis sehr freundschaftlich. Zudem würde sehr eng zusammengearbeitet. Dadurch habe sich Liechtenstein ein Profil erworben. Für Rita Kieber-Beck scheint dieses Verhältnis nicht optimal zu sein. Sie betont: «Wir erfahren gerade in der für uns schweren Zeit von unseren Freunden keine Unterstützung. Liechtenstein wurde einstimmig – mit der Stimme der Schweiz – auf die schwarze Liste der FATF gesetzt.» «Wahl Spezial» auf den Seiten 4 bis 9

Den dritten und letzten Teil der Serie «Wahl Spezial» veröffentlichen wir kommenden Samstag.

KOMMENTAR

«Die Krankenkassenprämien sollen reduziert werden», «Die neue Kostenbeteiligung erlaubt eine Senkung der künftigen Normalprämie um ca. 10 Prozent», «Die Einsparungen aus der Kostenbeteiligung werden in Form einer entsprechend tieferen Prämie an die Versicherten zurückgegeben». Dies und vieles mehr versprach die Regierung der Bevölkerung in der Broschüre «die gesündere Lösung» zum Krankenversicherungsgesetz.

Leere Versprechungen

Tatsache ist: Keines dieser Versprechen wurde wahr. Das Gegenteil ist der Fall: Die Prämien sind gestiegen und Kranke werden durch den Selbstbehalt noch zusätzlich zur Kasse gebeten. Dies obwohl die staatlichen Subventionen an die Krankenkassen von 24,8 Millionen Franken 1999 auf 48 Millionen Franken per Ende 2000 gestiegen sind. Zudem wurde durch das Hausarztmodell die freie Arztwahl eingeschränkt und einer Zweiklassenmedizin Tür und Tor geöffnet. Des Weiteren kam es zum Exodus der Krankenkassen und es scheint, dass wir den Weg Richtung Einheitskasse auf direktem Weg ansteuern. Dieser Entwicklung muss Einhalt geboten werden. Die FBP geht diesbezüglich den richtigen Weg. Sie will die Solidarität zwischen den Kranken und Gesunden wieder ins Lot bringen und die Mängel des KVGs beheben. Es ist höchste Zeit.

Alexander Batliner

Fürst prozessiert in Strassburg

Beschwerde des Fürsten vor Menschenrechts-Gericht

STRASSBURG: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am Mittwoch über eine Beschwerde des Fürsten Hans-Adam II. von Liechtenstein gegen die Bundesrepublik Deutschland verhandelt.

Bei der Beschwerde geht es um ein 1945 in der damaligen Tschechoslowakei enteignetes wertvolles Ölgemälde aus dem Besitz des liechtensteinischen Fürstenhauses. Die Anwälte argumentierten, die Bundesrepublik sei völkerrechtlich dafür haftbar, dass «die Eigenstaatlichkeit Liechtensteins missachtet und die Rechte des Fürsten als Privatperson und Staatsoberhaupt verletzt» wurden. Mit einer Entscheidung der Strassburger Richter wird in einigen Monaten gerechnet.

Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 28. Januar 1998 hatten deutsche Gerichte festgestellt, dass liechtensteinisches Vermögen wie deutsches Auslandsvermögen zu behandeln sei, und dass diese zur Begleichung deutscher Kriegsschulden herangezogen werden könnten. Fürst Hans-Adam II. hatte dagegen argumentiert, dass seine Familie als Nicht-Deutsche von den Enteignungsdekreten der Regierung Benes in der Tschechoslowakei gar nicht betroffen gewesen sei. Die Beschlagnahme des Bildes und der umfangreichen Ländereien sei deshalb illegal gewesen. Die so genannten Benes-Dekrete sahen unter anderem die ersatzlose Enteignung aller Deutschen vor. Da sich der Vater des heutigen Fürsten, Franz

Josef II., 1930 bei einer Volkszählung im Gebiet der heutigen Tschechischen Republik als Deutscher bezeichnet hatte, stuften die Behörden seinen Besitz als zu enteignendes Feindvermögen ein.

Das Bild «Szene an einem römischen Kalkofen» des niederländischen Malers Pieter van Laer (1582-1642), dessen Wert mit 400 000 Franken veranschlagt wird, war 1991 vom Landesdenkmalamt im tschechischen Brünn für eine Ausstellung an das Kölner Wallraff-Richartz-Museum ausgeliehen worden. Daraufhin liess Fürst Hans-Adam II. das Kunstwerk per einstweiliger Verfügung beschlagnahmen. Fürst Hans-Adam war aber mit Klagen auf Herausgabe des Bildes vor deutschen Gerichten in allen Instanzen gescheitert.

ZUR SACHE

«Bildung: Unsere wichtigste Ressource»

Die FBP setzt in der Bildungspolitik Schwerpunkte:

- Stärkere Gewichtung der sprachlichen und naturwissenschaftlichen Bildung
- Verbesserung der Durchlässigkeit
- Einführung einer Unterstufe des Gymnasiums im Unterland
- Überschaubare Schulzentren
- Gleichstellung von Berufsbildungsweg und Studium in der staatlichen Förderung

FBP – Besser für das Land.

